



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Weltspiegel.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

„Falls der in den französischen Staatsverband aufzunehmende Elsaß-Lothringer sich unwürdig zeigt, wird es dem Präfekten oder Regierungskommissar seines Wohnsitzes anheimgestellt, einen Rechtspruch zu verlangen, durch welchen dem Betreffenden auf Grund eines Erlasses die Vorteile des Artikels 1 (Réintégration de plein droit) abgesprochen werden kann.“

„L'Etat c'est moi!“ Es ist Verstiegheitspolitik, die diese Herren treiben. Nun berichten die elsässischen Blätter, daß auf dem Delegiertentag der „Republikanisch-nationalen Volkspartei“ vom 11. Juni Herr Pfleger seine Demission als Parteivorstehender eingereicht habe. Die radikale „République“ vermutet, daß die innere Spaltung der Partei und der Umstand, daß zuviele Interna der Öffentlichkeit bekannt geworden seien, den Schritt des Parteipräsidenten bestimmt hätten. Richtig mag daran soviel sein, daß Herr Pfleger allerdings den gegenwärtigen Parteiapparat nicht mehr für das geeignete Werkzeug zur Durchföhrung und Befriedigung seiner persönlichen Wünsche und Ambitionen hält. Die Nationalistenseele in ihm fühlt sich, auch jetzt noch, vereinsamt. Es ist anzunehmen, daß man sich bei ihm, wie bei allen Nationalisten, auf Extratouren gefaßt machen kann.

Es ist ein Unterschied zwischen den Nationalisten vor und nach dem Krieg insofern vorhanden, als jene ein realpolitisches Ziel von erheblicher Bedeutung vor Augen hatten, das des Schweißes jener Edlen wert sein mochte. Die heutigen Nationalisten à la Pfleger und Frey haben nur persönliche Interessen. Dort winkte die Ministertoga, bevor man Nationalist wurde. Hier mag sie winken, nachdem man eine Zeitlang die Fahne der Unentwegten hinausgehängt hat.

Weltspiegel.

23. August.

Bis zum letzten Augenblick bestand auf der Londoner Konferenz, die am 14. d. M. mit dem Abbruch der Besprechungen endete, noch die Hoffnung, daß sich ein Weg zur Einigung finden werde. Aber diesmal gab es keine Brücke zwischen den kaffenden Gegensätzen, — ein Zeichen, wie ernst die Lage geworden war. Die Gegensätze selbst bestanden ja schon längst, aber sie hatten einen intimeren Charakter und waren Sache der leitenden Staatsmänner selbst. Ihre Zusammenkünfte hatten, wie ein witziger Kopf bemerkt hat, etwas von dem Charakter einer Pokerpartie an sich, wobei bekanntlich derjenige am weitesten kommt, der am besten zu „bluffen“ versteht. Nun aber waren die Streitfragen, über die die Staatsmänner und Diplomaten gern hinter verschlossenen Türen verhandelt hätten, in einen weiteren Kreis gedrungen. Die öffentliche Meinung hatte sich dieser Fragen bemächtigt; sie war ein Richter, den sowohl Poincaré als Lloyd George zu fürchten hatten und vor dem sie sich in Willfährigkeit beugten. Deshalb durfte keiner von ihnen die Schwelle überschreiten, die zur Verständigung führte, und man gab das Spiel auf, obgleich der belgische und der italienische Vertreter, Theunis und Schanzer, sich angestrengt bemühten, eine Vermittlung herzustellen. Hierbei war Schanzer, der der englischen Auffassung zuneigte, bestrebt, vor allem Poincaré von seiner überschroffen Haltung abzubringen,

während *Theunis* immer wieder versuchte, eine Formel zu finden, in der der Kern der französischen Vorschläge den Engländern so weit schmackhaft gemacht werden konnte, daß *Lloyd George* nachgeben konnte. In voller Uebereinstimmung mit *Poincaré* befand sich auch *Theunis* nicht, obwohl Belgien sich in den Fragen der Durchführung des Versailler Vertrages in der Regel als getreuer Sekundant Frankreichs fühlte. Aber *Poincaré* hatte bei der starren, rücksichtslos auf das Ziel marschierenden Wahrnehmung seiner Forderungen auch vor den anerkannten Rechten des belgischen Freundes nicht Halt gemacht, und so war doch eine gewisse Isolierung Frankreichs zu bemerken gewesen.

Wie schon erwähnt wurde, hatte in der Hauptfrage, der Behandlung Deutschlands, die öffentliche Meinung Frankreichs und Englands entschieden als früher Stellung genommen. Für Frankreich bedeutete das in der Sache keine Aenderung gegen früher. *Lloyd George* aber durfte nicht mehr wagen, Zugeständnisse an die französische Politik in dem Umfange zu machen, wie man sie ihm bis dahin aus mancherlei Gründen verziehen hatte. Diese bestimmtere Orientierung der englischen Politik gegen Frankreich hatte freilich nicht das geringste mit irgendeinem Wohlwollen für Deutschland zu tun. Im Gegenteil, es stand auch bei den Engländern fest, daß Deutschland, da es den Krieg, dessen Folgeerscheinungen man schwer empfand, verloren hatte, nun auch zahlen müsse, und zwar so ausgiebig, daß es sich nicht so bald wieder zu der Höhe und Blüte erheben könne wie vor dem Kriege. Aber gerade weil England diese Zahlungen wollte, erkannte es die Notwendigkeit, die wirtschaftliche Gesundheit Deutschland so weit wiederherzustellen, daß es wieder zahlungsfähig wurde. Von diesem Standpunkt aus lag natürlich auch kein Grund vor, die Augen zu verschließen gegen die Tatsache, daß Deutschland jetzt seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen kann, wenn es seine Volkswirtschaft lebensfähig erhalten und nicht einen großen Teil seiner Bevölkerung dem Hunger und Elend preisgeben will.

Eben diese Tatsache aber will Frankreich unter keinen Umständen gelten lassen, da seine ganze Politik sich auf die unbedingte Geltung der Voraussetzung stützt, daß es nur schlechter Wille Deutschland ist, wenn es nicht zahlt. Nur so kann Frankreich es begründen, daß es sich selbst die Freiheit beilegt, jederzeit zu Gewalttaten, die es unter dem Namen der Sanktionen, Retorsionen usw. verbirgt, zu schreiten.

Das ist natürlich auch den Engländern klar, die darin eine Durchkreuzung ihrer eigenen Interessen in Deutschland sehen. Und so gesellt sich in England zu dem Aerger über Frankreichs Auftreten auch noch das Mißtrauen und die Furcht, weil sie voraussehen, was ein bis an die Zähne gerüstetes Frankreich, das seinen östlichen Nachbar nicht mehr zu fürchten hat, sondern ihn an der Sklavenkette hält, für England bedeutet. Darum mußte diesmal bei der schroffen Unnachgiebigkeit Frankreichs in London jeder Einigungsversuch scheitern.

Es blieb nun nichts anderes übrig, als die Sache an die Reparationskommission zurückzuverweisen, die selbstverständlich noch größere Schwierigkeiten zu überwinden hat, wenn sie eine Entscheidung treffen soll, die den Regierungen selbst soeben mißglückt war. Auf Einstimmigkeit in der Kommission war keinesfalls zu rechnen; das wahrscheinlichste war, daß die Stimmen Englands und Italiens gegen die

Frankreichs und Belgiens standen. Selbst wenn Frankreich seine Ansicht durchsetzte, daß im Fall der Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden, d. h. Frankreichs, den Ausschlag geben müsse, blieb die Lage peinlich und mußte Verstimmungen hinterlassen. Eine solche Entscheidung konnte nicht die nötige Autorität haben. Es war aber nicht einmal ausgeschlossen, daß auch Belgien sich von Frankreich trennte. Dann war Frankreich überstimmt und isoliert, und auch das fürchtete man in England. Denn Frankreich leitete aus dem Versailler Vertrag auf Grund einer seiner willkürlichen Auslegungen das Recht her, in solchem Falle allein ohne seine Verbündeten vorzugehen und durch besondere Maßnahmen sein Recht zu erzwingen. Gleich nach dem Auseinandergehen der Londoner Konferenz hatte die französische Presse frohlockend hervorgehoben, daß Frankreich nun seine Handlungsfreiheit wiedergewonnen habe, und war dabei dem stärksten Mißbergnügen der englischen Kollegen begegnet.

Unter dem Druck der Verantwortung, die sich aus der verwickelten und verfahrenen Lage ergibt, hat die Reparationskommission zwei ihrer Mitglieder, den ersten englischen Delegierten, Sir John Bradbury, und einen französischen Vertreter, Herrn Maucière, nach Berlin gesendet, um sich über die Lage in Deutschland zu informieren und die Möglichkeit der von Frankreich geforderten „produktiven Pfänder“ zu erörtern, d. h. der nationalen Werte und Hilfsquellen, durch deren Auslieferung an Frankreich Abschlagszahlungen an die französische Raubgier geleistet werden sollen. Poincaré nennt sie „Pfänder“, weil er sicher weiß, daß sie nie eingelöst werden können; denn die Forderungen, die dadurch garantiert werden sollen, sind so hoch, daß ihre Erfüllung unmöglich ist. Auch wenn es anders wäre, würde Frankreich die Pfänder nicht zurückgeben; es würde einen Vorwand finden, sein Wort zu brechen. Das geht schon daraus hervor, daß es die ruchlose Maßregel der Austreibung von 500 harmlosen Deutschen aus dem Elsaß — worüber sich sogar Franzosen entrüsteten — nicht zurückgenommen hat, obwohl die Alliierten gemeinschaftlich Deutschland inzwischen mitgeteilt haben, daß sie die eigentlich am 15. August fällig gewordenen Ausgleichszahlungen erst am 15. September erwarten. Damit fiel für Frankreich jeder Grund für die „Retorsionen“ weg; dennoch wurden sie nicht zurückgenommen. Poincaré selbst aber hielt es für angemessen, daß er die Zeit des Suchens nach einer Verständigung damit ausfüllte, daß er in Thancourt und in Bar-le-Duc neue Heß- und Brandreden gegen Deutschland hielt.

Wie sich die Verhältnisse mehr und mehr dadurch verwickeln, daß auch Oesterreich in seiner verzweifelten Lage sich zu außergewöhnlichen Schritten genötigt sieht, werden wir später im Zusammenhange zu erörtern haben, wenn sich die Ergebnisse der Reise nach Prag, Berlin und Rom, auf der der Bundeskanzler Seipel gegenwärtig begriffen ist — er weilt in dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, in Berlin —, einigermaßen übersehen lassen.

W. v. Masfow.